

Schwere Zeiten für Amerikas Liberalismus

Autor(en): **George, Manfred**

Objektyp: **Article**

Zeitschrift: **Neue Schweizer Rundschau**

Band (Jahr): **15 (1947-1948)**

PDF erstellt am: **10.07.2024**

Persistenter Link: <https://doi.org/10.5169/seals-758457>

Nutzungsbedingungen

Die ETH-Bibliothek ist Anbieterin der digitalisierten Zeitschriften. Sie besitzt keine Urheberrechte an den Inhalten der Zeitschriften. Die Rechte liegen in der Regel bei den Herausgebern.

Die auf der Plattform e-periodica veröffentlichten Dokumente stehen für nicht-kommerzielle Zwecke in Lehre und Forschung sowie für die private Nutzung frei zur Verfügung. Einzelne Dateien oder Ausdrucke aus diesem Angebot können zusammen mit diesen Nutzungsbedingungen und den korrekten Herkunftsbezeichnungen weitergegeben werden.

Das Veröffentlichen von Bildern in Print- und Online-Publikationen ist nur mit vorheriger Genehmigung der Rechteinhaber erlaubt. Die systematische Speicherung von Teilen des elektronischen Angebots auf anderen Servern bedarf ebenfalls des schriftlichen Einverständnisses der Rechteinhaber.

Haftungsausschluss

Alle Angaben erfolgen ohne Gewähr für Vollständigkeit oder Richtigkeit. Es wird keine Haftung übernommen für Schäden durch die Verwendung von Informationen aus diesem Online-Angebot oder durch das Fehlen von Informationen. Dies gilt auch für Inhalte Dritter, die über dieses Angebot zugänglich sind.

SCHWERE ZEITEN FÜR AMERIKAS LIBERALISMUS

VON MANFRED GEORGE (NEW YORK)

Der Faschismus europäischer Prägung würde bei einem Versuch, ihn in den Vereinigten Staaten zu kopieren, vor allem auf eine Schwierigkeit stoßen: er hätte keine grundlegenden historischen Fakten, die er aus der Vergangenheit der Geschichte hervorholen und modernisieren könnte. Alles das, worauf sich totalitäre oder halbtotalitäre Strömungen in Europa rückweisend und Kräfte daraus schöpfend beziehen, existiert in Amerika nicht: kein Peter der Große und kein Napoleon, kein Zunftstaat und kein Stammeskönigtum ist je vorhanden gewesen. Alles, worauf Faschisten zurückgreifen können, die ersten Dokumente und Geschehnisse historischer und Lebensprinzipien prägender Natur, sind eine Revolution gegen autokratische Unterdrückung und eine urdemokratische, trotzig-individuelle Konstitution. Sie wurzeln tief, viel tiefer als man manchmal glaubt, im Wesen des amerikanischen Menschen. Sein ganzes Lebensgefühl, das soziale wie das politische, ist in einem Geschichtsklima gewachsen, dessen Temperaturen nicht auf europäische Art gelesen werden können. Mit anderen Worten: ein amerikanischer Faschismus müßte, um wirksam zu sein, eine ganz andere spezifische Form finden, wenn er überhaupt je eine finden könnte. Was heute an Lärmmachern und rabiaten Banditen bisweilen Aufsehen erregt und mit anti-katholischen, anti-jüdischen, anti-negerischen Schlagworten sein Handwerk treibt, ist niemals über die Bedeutung sektiererischer Störenfriede hinausgekommen, selbst wenn eine Bewegung wie der Ku-Klux-Klan einmal sogar zeitweise in einem Staat große Macht gewonnen hatte. Und es kann auch bisweilen, begünstigt durch die Dezentralisierung eines Bundes, wie ihn die amerikanische Union darstellt, einmal ein Typ wie seinerzeit der berühmte «Diktator» von Louisiana, Huey Long, auftauchen und eine gewisse Frist «regieren». Aber die Weite des Landes, seine Vielfältigkeit, seine in zahllose Lokalinteressen und Wirtschaftsgruppierungen aufgespaltene und zeitlich in verschiedenen historischen Räumen sich entwickelnde Gemeinschaft machen Einheitsbewegungen europäisch-faschistischer Art kaum durchführbar.

Die andere totalitäre Bewegung, die kommunistische, sieht sich heute ebenso fast völlig ohne Voraussetzungen. Denn es gibt im marxistisch-leninistischen Sinne kein Proletariat. Soweit Ansätze dazu vorhanden sind, waren sie während der Depressionszeiten in den Wanderarbeitern erkennbar und sind gegenwärtig in echter Form nur zu finden in der ständig wachsenden Negerbevölkerung, in den eingewanderten mexikanischen Landarbeitern und neuerdings in den aus Puerto Rico übersiedelnden Bewohnern dieser Insel. Die weißen Arbeiter sind fast ohne jede Ausbildung eines Klassenbewußtseins. Dabei sind sie gewerkschaftlich zum großen Teil glänzend organisiert, kämpfen aber um einen Anteil am Kapitalismus, nicht gegen den Kapitalismus. Die immer stärkere Massenproduktion mit der immer größeren Standardisierung und zugleich der Qualitätsverbesserung ihrer Produkte wirkt dabei als ein egalisierender Faktor mit, der die Tendenz des Ausgleichs der Lebensmöglichkeiten von reich und arm, zumindest relativ, immer schärfer akzentuiert. Kein Wunder, daß es auch heute immer nur noch einen einzigen Labor-Parteiler im Kongreß gibt, während sich im übrigen die beiden traditionellen Parteien der Republikaner und Demokraten auch in die Stimmen der Arbeiterwähler teilen. Selbst der Einwand, daß die Vorherrschaft der sogenannten «alten Familien» ein wenig der europäischen Feudal-klasse von einst ähnele, ist nicht recht zutreffend, da sich ihr Machtbereich im gesellschaftlichen wie politischen Leben zusehends verringert und niemals ausschlaggebend in der Beherrschung des historischen Gesamtaspekts war.

Wir haben es also mit einem bürgerlichen Volk mit verschwindend kleiner Ober- und Unterschicht zu tun, mit einem Volk, dessen Mittelschicht fast den gesamten Raum des Volksrahmens einnimmt. Daraus ergibt sich der im Grunde konservative Charakter der beiden entscheidenden Parteien. Liberale Kräfte haben es niemals vermocht, sich ein eigenes Haus zu bauen. Sie waren stets zu schwach, die historisch gewordenen, das Riesenland wie ein Netz überziehenden Wahlmaschinerien durch eine eigene zu ersetzen. Nie hatte eine «Dritte Partei» je eine echte Chance. Wann immer der Liberale Erfolg gehabt hat, da war er entweder eine Persönlichkeit, die sich in einer der beiden Parteien durchsetzte und die Parteimitglieder mitriß, oder es gelang ihm und seinen Freunden, in einer Partei zu führen, weil eine fortschrittliche Tendenz der allgemeinen Entwicklung der Partei bei Befolgung eines liberalen Kurses Machtzuwachs brachte.

Roosevelts «New Deal» hatte eine außerordentlich große Anzahl amerikanischer liberaler, das heißt fortschrittlich-demokratischer Kräfte in das Lager der an sich konservativen demokratischen Partei gebracht. Sie ist heute nicht mehr wiederzuerkennen, und während

der vergangenen Sitzungsperiode des Kongresses haben oft bis zu 50 Prozent ihrer Senatoren und House-Mitglieder mit der republikanischen reaktionären Majorität gestimmt. Unter Roosevelt hatte es sich herausgebildet, daß die Demokratische Partei unter dem Präsidenten des Landes, der zugleich ihr Führer war und das Land mit seinen Reformen mitgerissen hatte, den Republikanern gegenüber die Farbe einer liberaleren Partei angenommen hatte. Typischerweise waren es die Persönlichkeit (Roosevelt) und der Notstand (der Depression) gewesen, die das Uebergewicht der Liberalen über die Konservativen in der Partei selbst gebracht hatte. Um einen Rest des Nimbus dieser Vergangenheit zu wahren und die Arbeiterschaft für die kommenden Präsidentschaftswahlen im Jahre 1948 sich zu sichern, hat Truman, zweimal und zweimal eine Niederlage einsteckend, die anti-gewerkschaftliche Taft-Hartley Bill vetiert.

Der Tod Roosevelts und die Niederlage der Demokraten haben die Liberalen aus der Regierung und zu einem beträchtlichen Teil auch aus dem Parlament gefegt. Ihre Situation ist schwierig, zumal sie gespalten sind. Auf der einen Seite stehen die «Americans for Democratic Action (ADA.)», zu denen Männer wie Niebuhr, Wyatt, Henderson und andere frühere Funktionäre des New Deal gehören. Auf der anderen Seite scharen sich die «Progressive Citizens of America» um einen Mann wie Henry A. Wallace. Was sie trennt, ist ihre Einstellung zu den Kommunisten. Diese sind an sich in den Vereinigten Staaten eine zahlenmäßig völlig unerhebliche Minderheit, werden aber als Exponenten russischer Auslandspolitik im Rahmen der immer stärker in Gegensatz zur Sowjetunion kommenden amerikanischen Regierungspolitik zum Objekt einer Stimmungspropaganda, deren Maß mit der wahren Bedeutung der kommunistischen Gruppen nichts mehr zu tun hat. Wie immer in solchen Zeiten, wittern nun die reaktionären Kreise die Möglichkeit, gleichzeitig mit den Kommunisten auch mit den Liberalen aufzuräumen. Die Zeiten sind schwer für diese geworden. Die ADA.-Liberalen schließen prinzipiell Kommunisten von ihrer Bewegung aus, weil sie sowohl vor deren Infiltrationstaktik Angst haben, wie davor, als eine Deckmantelorganisation angegriffen zu werden. Wallace und seine PCA.-Leute sehen in der Zulassung von Kommunisten und «Fellow-Travelers» einen «unwichtigen Unterschied», da «die Reaktion der gemeinsame Feind sei».

In Wirklichkeit geht es für die Liberalen um die Frage, wie sie sich zu der Wirtschaftsentwicklung einstellen sollen. Während die heute herrschenden Kreise nach wie vor das Prinzip des «Free Enterprise» in vollem Umfang auch in eine Welt hinüberretten wollen, in der kaum ein anderes Land es mehr anerkennt, bezeichnen die

Liberalen es spöttisch als ein «Stammes-Tabu», dessen Stunde geschlagen habe. Kein Wunder, daß sie infolgedessen als «Reds» verschrien werden und damit, wenn auch völlig zu Unrecht, in eine Schußlinie mit den Kommunisten kommen. Man darf dabei nicht vergessen, daß für viele Leute, die heute durch die politische Entwicklung wieder obenauf sind — sei es, daß es sich um Wallstreet-Bankiers oder Colonel McCormick von der «Chicago Tribune» oder Hearst oder gewisse Kreise um Hoover, der vielfach nur ein Sprachrohr ist, handelt —, auch Roosevelt und seine Minister, wie Ickes, Morgenthau, Perkins usw., als «Reds» galten.

Wenn man heute den wesentlichen Unterschied zwischen den liberalen Gruppen und der kompakten Mehrheit des Kongresses und im Augenblick auch der Regierung herauschälen wollte, so würde er vermutlich im Kern darauf hinauslaufen, daß die Liberalen — denen im übrigen nichts ferner liegt als außenpolitisch eine Appeasement-Politik gegenüber Rußland — der Ansicht sind, daß Freiheit der Wirtschaft und Planung der Wirtschaft zusammengehen können und müssen. William B. Wyatt, der frühere National Housing Administrator und einer der Führer der oben erwähnten «Americans for Democratic Action», hat in diesen Tagen ein Zehn-Punkte-Programm für Liberale im «Sunday Magazine» der «New York Times» veröffentlicht. Es ist ebenso anti-kommunistisch, wie es sich weigert, mit Reaktionären zusammenzugehen, weil diese auch Anti-Kommunisten sind. Gleichzeitig bekämpft Wyatt den Grundsatz, daß Freiheit und Planung in der Wirtschaft «ein verhängnisvoller Gegensatz» sind. Und er hält die Zurückweisung eines doppelten Standards von politischer Moral für eine Grundforderung des amerikanischen Liberalismus. Er schreibt: «Weder die Existenz von Wahlsteuern in Süd-Carolina noch ein Wahlschwindel in Kansas City «rechtfertigen» ein Konzentrationslager in Osteuropa. Umgekehrt bieten die flagrantesten Unterdrückungen im Ausland für uns keine Entschuldigung, Lynchakte zu Hause zu ignorieren. Gleicherweise weigern wir uns, die von den Sowjets inspirierten Guerillas in Griechenland nur deshalb zu preisen, weil viele der offiziellen griechischen Führer korrupt und von faschistischer Gesinnung sind.»

Wer sind die geistigen Ahnherrn dieses bedrängten, von rechts und links mit Invektiven und Verleumdungen beschossenen Fortschrittlertums? Es sind genau diejenigen Persönlichkeiten der amerikanischen Geschichte, die nicht nur Demokraten dem Namen nach, sondern dynamische liberale Demokraten waren, Männer wie Jefferson und Jackson, Lincoln, Wilson und Roosevelt. Alle diese Männer mußten oft schlimme Zeiten durch die reaktionäre Politik ihrer Zeitgenossen durchmachen. Aber sie blieben aufrecht wie der gegenwärtige Leiter

der Zivilen Atomenergie-Kommission, David E. Lilienthal, den man bei seinem Parlamentsverhör als einen «Kommunisten» verleumdete, weil er der Leiter des großen Sozialwerkes der Tennessey-Valley Authority gewesen war. Von Roosevelt als staatliches Projekt durchgeführt, hatte dieses Millionen von Farmern Segen gebracht, war aber als «sozialistisch» verschrien worden. Und Lilienthal drückte die Gefühle aller Liberalen aus, als er ausrief:

«Es ist sehr leicht, gegen den Kommunismus zu sprechen. Es ist mindestens so wichtig, an die Dinge zu glauben, die eine hinreichende und wirksame Alternative darstellen. Die Demokratie ist diese Alternative, und es ist die Hoffnung der Welt, daß sie ein schöpferischer Glaube ist, statt nur ein Gegensatz gegen etwas anderes und nicht mehr.»